

Beschluß der Mitgliederversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Stadtverband Hannover vom 10. April 2010

Veränderung ist GRÜN!

Im September 2011 sind die Einwohnerinnen und Einwohner Hannovers dazu aufgerufen, ihre VertreterInnen in den Bezirksräten und im Rat der Landeshauptstadt neu zu bestimmen. Dabei wird es ganz entscheidend um die Frage gehen, welche Mehrheit zukünftig die politischen Weichen in Hannover stellt.

Wir GRÜNEN haben in den vergangenen Jahren dafür gestritten, dass Hannover ökologischer, sozialer und weltoffener wird. Dafür haben wir uns eingesetzt – im Rat in der Koalition mit der SPD, durch unseren grünen Umwelt- und Wirtschaftsdezernenten und auch durch unsere außerparlamentarische politische Arbeit. Dass die Landeshauptstadt mit ihrer ambitionierten Klima- und Umweltschutzpolitik bundesweit Schlagzeilen macht, liegt nicht zuletzt an grüner Politik. Aber grüne Politik steht auch dafür, dass alle ein Recht auf Teilhabe haben, unabhängig vom finanziellen Status oder der Herkunft, für eine nachhaltige Stadtentwicklung, eine bürgernahe Verwaltung, gute Schulen und die Stärkung Hannovers als Wissens- und Wirtschaftsstandort.

Wir wollen weiter an verantwortungsvoller Stelle die Politik in der Landeshauptstadt gestalten:

- **Vorreiterrolle im Klimaschutz ausbauen:** Dem schwarz-gelben Rollback auf der Landes- und Bundesebene setzen wir eine ambitionierte Klimaschutzpolitik in der Landeshauptstadt Hannover entgegen. Grüne Klimaschutzpolitik orientiert sich an dem Ziel, so ökologisch wie möglich zu wirtschaften, zu handeln und zu leben.
- **Gerechtigkeit und Teilhabe:** Zu Gerechtigkeit und Teilhabe gehört für uns mehr als Transferleistungszahlungen an finanziell schlechter Gestellte. Teilhabe ist vor allem auch eine Frage von Bildung und Integration, dem Zugang zu öffentlicher Infrastruktur und einem weltoffenen Miteinander. In diesem Kontext haben wir GRÜNEN uns in der aktuellen Ratsperiode zum Beispiel für die Einführung des Hannover-Aktivpasses eingesetzt, um für mehr aktive Teilhabe am Stadtleben zu sorgen. GRÜNE setzen sich auch weiterhin für längeres gemeinsames Lernen in Schulen ein und fördern ganztägig ausgerichtete Bildungseinrichtungen und den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder.
- **Grüne Stadtentwicklung:** Der von GRÜNEN im Rat maßgeblich mitinitiierte City 2020-Prozess hat eine breite Diskussion in der Stadtgesellschaft ins Leben gerufen, wie sich Hannover in den kommenden Jahren entwickelt. In den vergangenen Jahren ist in dieser Stadt viel in Bewegung gekommen. Innenstadträume wurden und werden aufgewertet und auch in Zukunft werden wir vor der Frage stehen, wie die Stadt noch lebenswerter gestaltet werden kann. GRÜNE sorgen dafür, dass dieser Prozess nachhaltig erfolgt, kreative Ideen Raum erhalten und die BürgerInnen mitbestimmen.
- **Finanzen und öffentliche Infrastruktur:** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige und generationengerechte Entwicklung der städtischen Finanzen. CDU und FDP verfolgen im Land und im Bund eine Politik zu Lasten der Kommunen, die die finanziellen Folgen zum Beispiel der Steuergeschenke an Wohlhabende zu schultern haben. Zur Handlungsfähigkeit einer Stadt gehören jedoch stabile Einnahmen.

Eine Abschaffung der Gewerbesteuer, wie sie die Bundesregierung offensichtlich plant, lehnen wir ab, da alternative kommunale Einnahmemöglichkeiten kaum zu erschließen sind. An der Idee der Erhebung einer Kulturförderabgabe halten wir angesichts der Entwicklung im Bund allerdings fest.

Um die politische Steuerungsfähigkeit der öffentlichen Hand zu erhalten und Infrastruktur zu sichern, muss die Stadt ihre Eigenständigkeit und Beteiligung z.B. bei Ver- und Entsorgungsleistungen behalten und ausbauen, breit angelegten Veräußerungsbestrebungen erteilen GRÜNE eine Absage.

- **Wirtschaft mit Zukunft – für einen Green New Deal:** Hannover bietet als Wissensstandort mit einem breiten Besatz an universitären und forschungsorientierten Einrichtungen eine zukunftsfähige Grundlage für die wissensbasierte Ökonomie. Gleichwohl erleben wir gerade in Krisenzeiten, dass auch der Wirtschaftsstandort Hannover vor großen Herausforderungen steht – sei es die Conti, das VW-Werk in Stöcken, die Messe oder auch mittelständische Unternehmen. Wir brauchen einen kommunalen Green New Deal für Hannover, ein Maßnahmenpaket, das die Frage der wirtschaftlichen Erneuerung mit Klimaschutz und mehr Gerechtigkeit zusammendenkt, um neue Jobs durch eine ökologisch-soziale Modernisierung zu schaffen und alte zu sichern (unter anderem energetische Sanierung des kommunalen Gebäudebestandes, Ausbau klimaschutzorientierter Branchen).

Mit der Werkstatt 11-16 werden wir am 05. Juni 2010 gemeinsam mit dem Regionsverband die Leitlinien und grünen Visionen für den kommenden Kommunalwahlkampf erarbeiten. Hierzu laden wir nicht nur unsere Mitglieder ein, sondern auch alle Menschen in Stadt und Region, die grün denken und mit uns für Ökologie und Gerechtigkeit eintreten möchten. Gleiches gilt auch für unsere Listen zu den Bezirksräten und den Rat. Schon immer war es unser Prinzip, dass auch Nicht-Parteimitglieder bei uns Politik gestalten können. Dies gilt insbesondere auch für Menschen mit Migrationshintergrund, die noch viel zu wenig in der Politik vertreten sind.

Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Landeshauptstadt im September 2011 noch grüner wird!